

**Europa tut der Umwelt gut: Europa erhalten und umweltgerecht fortentwickeln –
Ein Aufruf des BUND Naturschutz zur Europawahl 2019!**

Welche entscheidende Bedeutung Europa im Natur- und Umweltschutz hat, hat sich ganz aktuell im Hambacher Wald, dem Bialowieza-Waldgebiet oder den Grenzwerten für saubere Luft in Bayerns Innenstädten deutlich gezeigt. Die Europäische Union (EU) denkt über Grenzen hinweg und ist gerade deshalb so wichtig für Natur- und Umweltschutz. Natura 2000, „Grüne Infrastruktur“, Wasserrahmenrichtlinie, CO₂-Grenzwerte, Luftreinhalte-Richtlinien, die EU-Chemikalienverordnung REACH, die den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den Risiken, die durch Chemikalien entstehen können, verbessern soll oder das EU-Kreislaufwirtschaftspaket sind Meilensteine im Schutz von Gemeingütern wie Natur, Wasser und Luft. Das „Grüne Band“ ist ein Musterbeispiel grenzübergreifender Zusammenarbeit von Menschen und für einen Naturverbund. Die EU ist aber auch ein großes Friedensprojekt, das belegen die Generationen an Europäerinnen und Europäern, die Dank der EU nie einen Krieg erleben mussten.

Die EU steht heute mehr als je zuvor unter Druck. Der generierte Wohlstand kommt bei breiten Teilen der Bevölkerung nicht an. Die Folgen des Wirtschaftens und der verstärkte Einfluss wirtschaftlicher Interessen ohne Werte machen sich zunehmend in Krisen bemerkbar: eine Solidaritätskrise in der Flüchtlingsfrage, eine nur auf Wachstum konzentrierte, deregulierte Wirtschaftspolitik, die viele Verlierer produziert, die Ausläufer der Finanzkrise, erstarkende Rechtspopulisten und Nationalismen in den Mitgliedsstaaten, die Herausforderungen durch die Digitalisierung und über allem stehend: die alles beeinflussende Klima- und Biodiversitätskrise.

Wenn die Umsetzung der EU-Vorgaben vor Ort nicht vorankommt, liegt das meist nicht an der EU, sondern an einer unzureichenden Umsetzung und Unterstützung auf nationaler bzw. bayerischer Ebene. Andere Politikbereiche der EU wie die Agrar- und Handelspolitik sind dagegen in der aktuellen Ausrichtung generell und auf EU-Ebene nicht zukunftsfähig. Die Verhinderung von TTIP und CETA oder weiterer Handelsabkommen zugunsten eines weltweiten fairen Handelsrechts sowie eine umwelt-, klima- und sozialgerechte Wirtschaftspolitik und die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, GAP („Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“) sind zentrale Herausforderungen für das künftige Europäische Parlament.

Internationale Ziele zum Klimaschutz, die nachhaltige Entwicklung zum Schutz von Natur und Wasser oder für saubere Luft sind in Gefahr angesichts eines Rechtsrucks - nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa. Die Kampagne und der Ausgang des Brexit-Referendums müssen ein Weckruf sein, alle Kräfte für ein gemeinsames Europa zu vereinen. Die zunehmende Macht von populistischen und antidemokratischen Parteien hat eine starke Debatte um die Zukunft der EU ausgelöst. Nicht nur Binnenmarkt und Euro, sondern gemeinsame Werte, Ideen und gemeinsame Zukunft müssen aus Sicht der Zivilgesellschaft weiterentwickelt werden. Der Frieden, den jeder genießt und wenige bemerken, ist eine der wertvollsten Errungenschaften der EU.

Der Gedanke des einigen Europas war einmal sehr populär. Immer mehr Menschen erkennen jedoch, dass die Europäische Union, dieses Konstrukt aus Rat, Kommission und einem eher machtlosen Parlament, nicht dasselbe ist wie das Europa der 400 Millionen Menschen in 27 Staaten.

Deshalb: Europa muss gestärkt werden!

Am 26. Mai 2019 findet die Europawahl statt, sie ist eine Schicksalswahl für die Weiterentwicklung der EU, für Demokratie und die Klima- und Umweltpolitik. Umwelt- und Naturschutz braucht und kennt keine Grenzen. Auch die Herausforderungen vom Arten- bis zum Klimaschutz sind grenzenlos. Die Europawahl ist für uns Anlass, die hohen Verdienste der EU, aber auch die notwendigen Weiterentwicklungen für eine demokratische und umweltgerechte EU zu formulieren. Wir fordern eine EU, in der es nicht nur um Wirtschaft geht, sondern um Gemeinsamkeit, um Solidarität, um internationale und generationenübergreifende Handlungsweisen, um Werte, um eine gemeinsame Verantwortlichkeit bei den großen Herausforderungen Klima- und Artenschutz. Es braucht eine starke Stimme in Brüssel, um die Belange der Umweltbewegung zu vertreten und nötige Verbesserungen und den sozial-ökologischen Wandel aktiv zu gestalten und damit auch wieder eine stärkere öffentliche Unterstützung für das Projekt Europa zu erreichen.

Die EU steht vor ihrer bisher wichtigsten Wahl. Dem Europaparlament droht ein verstärkter Einfluss der Nationalisten. Die Wahlbeteiligung zur EU-Wahl ist traditionell sehr gering. Aber Demokratie garantiert nicht nur Rechte für Bürgerinnen und Bürger. Demokratie bedeutet auch die ungeschriebene Pflicht der Menschen, sich in die politischen Prozesse durch ihr Wahlrecht einzubringen.

Der BUND Naturschutz wird mit dem Bundesverband und unserem europäischen Netzwerk Friends of the Earth die Öffentlichkeit ehrlich und parteipolitisch unabhängig informieren. Der BN ruft auf zur Teilnahme an der Wahl am 26. Mai 2019 und zur Stärkung der Stimmen, die ein Europa im Sinne der Gemeinschaft, des Umwelt- und Klimaschutzes und der Integration voranbringen wollen.

Kernforderungen des BUND Naturschutz zur Europawahl 2019:

1. Demokratie:

Mehr Transparenz und mehr Demokratie! Wir fordern ein Europa, das kritische Zivilgesellschaft und legitimen Protest als Chance für die eine lebendige Demokratie begreift. Wir wollen ein Europa, das die rechtlich festgelegten Zugänge zu umweltrelevanten Entscheidungsprozessen und zur Überprüfung staatlichen Handelns durch Gerichte den Menschen uneingeschränkt ermöglicht.

Bisher erreichte demokratische Standards und Schutzstandards dürfen nicht aufgeweicht, sondern müssen gestärkt werden. Mehr Nationalstaat und Grenzen werden für Klima und Umwelt keine Lösung sein. Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz, Transparenz, Solidarität und Demokratie müssen dabei Hand in Hand gehen.

2. Ökologisch-soziale Wirtschafts- und Handelspolitik

Die rücksichtslose Ausbeutung von Umwelt, Klima und Mensch muss einer nachhaltigen Lebensweise weichen. Wir fordern eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftssystem, hin zu einer sozial-ökologischen, klimaneutralen Wirtschaftspolitik! Auch die Handelspolitik muss auf diesen Grundlagen fußen.

Statt einer Ratifizierung von CETA und der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu TTIP braucht Europa eine Wirtschaftspolitik mit transparenten Entscheidungsprozessen und einem Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Die Handelsabkommen CETA und TTIP würden wirtschaftliche Interessen über den Schutz von Umwelt und Gesundheit sowie Transparenz und Demokratie sowie der Entwicklung des globalen Südens und anderer Ländern stellen. CETA (Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada) ist seit September 2017 vorläufig in Kraft. Der Deutsche Bundestag,

der Bundesrat, und dutzende andere Parlamente in Europa müssen das Abkommen noch ratifizieren. Stimmt nur ein Parlament gegen CETA, wird es nicht in Kraft treten.

Zentral ist auch die Abschaffung aller umwelt- und klimaschädlichen Subventionen. Dies betrifft verschiedene Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Landwirtschaft, den Verkehr und den Energiebereich. Zentrales Beispiel für nötige Maßnahmen im Verkehrsbereich ist die Einführung einer Kerosinsteuer im Luftverkehr, der die klimaschädlichste Form der Mobilität ist und wo derzeit Kerosin von Mehrwertsteuern befreit ist. Vorrang muss eine emissionsfreie Mobilität haben. Auch im Energiesektor sind Subventionen in die emissionsarmen und naturverträglichen Energieformen zu lenken. Der Euratom Vertrag muss reformiert werden: Es darf keine Förderung mehr für Atomkraft oder Subventionen für Neuanlagen geben. Es braucht eine europaweite volle Haftungsregel und strenge Strahlenschutzregeln für AKW. Diese sowie das nachgeordnete EU-Recht zur Atomsicherheit und das EU-Beihilferecht sind so zu ändern, dass insbesondere der zunehmenden Gefahr durch die Laufzeitverlängerungen alter Atomkraftwerke Rechnung getragen wird.

3. Landwirtschaft: Nachhaltige Agrarwende und Pestizidverbot jetzt!

Öffentliche Gelder dürfen nur für öffentliche Leistung vergeben werden. Wir fordern einen Umbau in der EU-Agrarpolitik. 30% des gesamten EU-Budgets gehen derzeit in eine immer intensivere Landwirtschaft, die eine wesentliche Ursache für den Rückgang von Arten oder die Schließung von Trinkwasserbrunnen ist. Diese pauschalen Flächenprämien („erste Säule“) sind sukzessive abzuschaffen und stattdessen verstärkt eine natur-, umwelt-, wasser- und klimaverträgliche bäuerliche Landwirtschaft („zweite Säule“) finanziell zu unterstützen.

Der massive Einsatz von Pestiziden trägt entscheidend zum Rückgang der Insekten bei. Die EU-Kommission hat bisher nur den Einsatz einiger weniger Neonicotinoide untersagt. Weitere schädliche hochgiftige Wirkstoffe sind von den Teilverböten nicht betroffen und werden voraussichtlich auch nicht eingeschränkt. Auch sind bereits neue bienengiftige Stoffe (Sulfoxaflor, Flupyradifuron und Cyantraniliprol) auf EU-Ebene zugelassen worden. Erste Genehmigungen für die fertigen Pestizide wurden in einigen Mitgliedstaaten bereits erteilt, darunter auch in Deutschland. Für einen wirksamen Insekten- und Artenschutz müssen bereits erlaubte bienengefährliche Pestizide verboten werden, neue bienengefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, die Zulassungsverfahren sind zu verschärfen.

Auch die sogenannten „neuen Gentechniken“ sind Gentechniken, wie der Europäische Gerichtshof festgestellt hat. Nötig ist die Regulierung aller neuen Gentechnikverfahren nach dem EU-Gentechnikrecht. Der BN lehnt es ab, mit den neuen Verfahren erzeugte Tiere und Pflanzen zuzulassen. Nötig ist weiterhin die Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln und im Saatgut, eine umfassende Kennzeichnung und das Vorsorgeprinzip bei der Entscheidung über Zulassungen.

4. Klimaschutz: Bessere Ziele und mehr Maßnahmen

Das Ziel, die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen hat oberste Priorität und dient der Generationengerechtigkeit.

Neben dem Ausstieg aus der Kohlenutzung zur Stromproduktion ist eines der vorrangigen Ziele Energiesparen sowie die Steigerung der Energieeffizienz um 40 % und den Ausbau von erneuerbaren Energien auf 100 % am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2040. Dieses Ziel muss in allen 3 Sektoren Strom, Wärme und Mobilität unter Beachtung der dafür notwendigen

Sektorkopplung umgesetzt werden.

Die tragenden Säulen der künftigen Energieversorgung sind Sonnen- und Windenergie. Wir fordern einen schnellen, naturverträglichen und nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir fordern eine von EU-Bürgerinnen und Bürgern getragene Energiegewinnung, die gänzlich auf erneuerbaren Energiequellen basiert.

Wir setzen uns für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Mobilität im Personen- und Güterverkehr und lebenswerte Städte ein. Wir fordern den Umstieg auf eine emissionsfreie Mobilität durch gezielte Anreize für die Verkehrswende.

Im Wärmebereich ist eine Sanierungsrate von 3 % / Jahr im Bestand zu ermöglichen und den Passivstandard für Neubauten zu fordern. Der damit stark reduzierte Wärmebedarf soll möglichst mittels Wärmepumpen bzw. Nahwärmenetze abgedeckt werden.

Neben einer drastischen Senkung der Emissionen von Treibhausgasen ist es geboten, CO₂ durch naturverträgliche Mittel der Atmosphäre zu entziehen. Dies sollte durch gezielten Aufbau von Humus erfolgen, wie es u.a. beim ökologischen Landbau erfolgt, einer ökologischen Waldbewirtschaftung und der strikten Unterschutzstellung aller noch verbliebenen Moore.

5. Höhere Luftqualitätsstandards und Verringerung der Luftverschmutzung

Wir fordern eine konsequente Reduktion von schädlichen Emissionen und die Einhaltung und Verschärfung der Grenzwerte für Stickoxide (NO_x), Kohlendioxid (CO₂) und Feinstaub. Eine Verkehrswende beinhaltet Änderungen bei Individualverkehr, Schifffahrt und Flugverkehr und Verbesserungen für Radverkehr, Schiene und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Besonders der steigende Ausstoß von CO₂, Rußpartikeln und Stickoxiden belasten Klima und Umwelt. CO₂ und die feinen Rußpartikel sind die zwei stärksten Klimatreiber und befeuern den Klimawandel. Motorisierte Mobilität ist für rund 20% der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Eine Verkehrswende beinhaltet nicht nur den Individualverkehr. Güterverkehr muss reduziert sowie auf die Schiene und das Schiff verlagert und nachhaltige Mobilität gefördert werden. Es braucht mehr ÖPNV und Radverkehr in den Städten und auf dem Land. Europaweit müssen naturverträglich erzeugte Erneuerbare Energien im Verkehr eingesetzt werden. Verkehrsvermeidung muss europaweit vorangetrieben werden. Die Umweltkosten müssen in vollem Umfang allen Verkehrsträgern angelastet werden, z.B. durch Lkw-/Pkw-Maut oder Klimaabgabe. Bahnreisen innerhalb Europas müssen günstiger und Flugverkehr deutlich teurer werden. Die europäischen Bahnnetze müssen umweltverträglich aufgebaut und elektrifiziert werden.

6. Naturschutz: Bessere Voraussetzungen und Mittelausstattung für Natura 2000, Biodiversität und Grüne Infrastruktur

Der europaweite Biotopverbund Natura 2000 ist das weltweit größte Naturschutz-Netzwerk. Die Umsetzung in den Ländern hat große Defizite. Das europäische Naturerbe muss verstärkt gesichert und nachhaltig entwickelt werden! Neben der grundlegenden Ökologisierung der EU-Agrar-Förderung braucht es ein neues eigenes Finanzierungsinstrument auf europäischer Ebene („Naturschutzfond“), um besondere Leistungen von Landnutzern für das europäische Naturerbe Natura 2000 und die Umsetzung der europäischen Biodiversitätsstrategie zu finanzieren. Allein in Deutschland wird der Finanzbedarf auf 1,4 Mrd. €/ Jahr geschätzt. Dieser Fonds soll mit mindestens 15 Milliarden Euro jährlich ausgestattet sein.

7. Wasserschutz: keine Aufweichung der Schutzvorgaben

Wasser ist Leben! Wir fordern saubere und naturnahe Gewässer für die Natur und sauberes Trinkwasser für Mensch und Tier! Die Wasserrahmenrichtlinie muss in vollem Umfang schnellstmöglich umgesetzt werden. Eine Aufweichung der Wasserrahmenrichtlinie ist zu verhindern. Die öffentliche Wasserversorgung hat Vorrang vor einer privaten Ausbeutung der Ressource Trinkwasser und muss oberste Priorität haben.

8. Ressourcenschutz: Auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft, besserer Bodenschutz

Unendliches Wachstum ist in einer begrenzten Welt nicht möglich. Wir leben von den Ressourcen unserer Mitwelt und Nachwelt. Der Weg zur Nachhaltigkeit ist nur durch den konsequenten Umbau der Wirtschaft zu erreichen. Die Transformation der energieintensiven (Grundstoff-) Industrien muss zügig eingeleitet werden, um bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu können. Zusammen mit anderen flankierenden Maßnahmen muss die EU bei der Transformation eine weit stärkere Rolle übernehmen.

Nötig ist eine stärkere Rolle der EU bei der Vermeidung von Abfall, der Reparatur und Wiederverwendung sowie beim Recycling von Produkten. Eine konsistente Kreislaufwirtschaft kann nur durch Reduzierung des Rohstoffbedarfes und die finanzielle Besserstellung von entsprechend designten Produkten und Dienstleistungen gelingen. Der Export von rechtlich als Wirtschaftsgut definierten Abfällen in Nicht-EU-Staaten muss verboten werden.

Nötig ist auch ein europaweit besserer Schutz der Böden vor Versiegelung sowie Verlust durch Erosion und Vernichtung durch eine unangepasste landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Wir fordern eine europäische Regelung zum Schutz des Bodens, wie sie für die Luft und das Wasser besteht. Erosion, Humusverlust, Bodenverdichtung und Bodenversiegelung sind europaweite Probleme und müssen europaweit gelöst werden.

9. Vernetzt Denken: Klimaschutz, Landwirtschaft und Bodenschutz gehören zusammen!

Klimaschutz, Landwirtschaft und Bodenschutz müssen zusammen gedacht werden. Die Landwirtschaft ist ein erstes Opfer der Klimaveränderung. Missernten durch Dürren, Starkregenereignisse oder Hagel führen zu großen volkswirtschaftlichen Belastungen. Andererseits trägt die Landwirtschaft nicht unwesentlich zur Klimaerwärmung bei (ca. 8%). Die am Weltmarkt ausgerichtete, auf Quantität getrimmte landwirtschaftliche Produktion ist sehr energieintensiv und N₂O, welches in der Luft aus Ammoniak (Gülle) entsteht, ist 300x klimawirksamer als CO₂. Biozide und Kunstdünger stören das Gleichgewicht der Bodenlebewesen, was zu einer schleichenden Degradation der Böden führt. Degradierte Böden können weniger Wasser speichern und werden leichter abgeschwemmt oder durch Wind abgetragen.

Um den Beitrag der Landwirtschaft zur Klimaerwärmung wirksam senken zu können, muss die EU die Förderstruktur so ausrichten, dass eine klimafreundliche Bewirtschaftung gefördert und eine klimaschädliche Bewirtschaftung eingedämmt wird. Es sind entsprechend der 4-Promille-Initiative des Pariser Klimaabkommens Programme aufzulegen, die den Humusaufbau fördern. Das ist aktiver Klimaschutz, da auf diese Weise CO₂ aus der Luft im Boden in der Form von Humus gebunden wird. Der Boden wird zudem fruchtbarer, so dass gute Erträge auch ohne Kunstdünger möglich sind. Schließlich steigt auch das Wasserrückhaltevermögen, so dass Schäden an den Kulturen bei längerer Trockenheit geringer ausfallen.